

Unverkäufliche Leseprobe



Paul Nolte **Die 101 wichtigsten Fragen:** **Demokratie**

160 Seiten mit Vignetten. Broschiert
ISBN: 978-3-406-67368-9

Weitere Informationen finden Sie hier:
<http://www.chbeck.de/14230624>



Statt einer Einleitung

1. Lust auf Demokratie? Kann man sich für Demokratie begeistern, heiße Gefühle entwickeln, sie vielleicht sogar lieben? In dem berühmten Gemälde von

Eugène Delacroix führt eine barbusige Frau als Allegorie der Freiheit das Volk auf die Barrikaden der Pariser Julirevolution von 1830 – gewiss eine sehr männliche Sicht auf die Erotik der Freiheit, aber immerhin hat Politik da mit Emotionen zu tun, mit überstürmender Begeisterung und nicht nur mit kalt kontrollierter Vernunft. In der Geschichte und den theoretischen Begründungen von Demokratie spielt der Bezug auf Vernunft immer wieder eine zentrale Rolle. Leidenschaften gelten als gefährlich, es gilt sie zu zügeln, damit ihre Willkür und ihr Egoismus nicht dem sorgsam abgewogenen Gemeinwohl schaden. Wir lernen Demokratie als eine Vernunfttheorie, als Teil der abendländischen Aufklärung und Rationalität, von dem vernünftigen Vertragsschluss bei John Locke (1632–1704) über Immanuel Kants (1724–1804) Appell an den Gebrauch des eigenen Verstandes («sapere aude!») bis zur Demokratietheorie von Jürgen Habermas (geb. 1929) in unserer eigenen Zeit, die auf der Idee vernünftiger Verständigung beruht. Der andere soll durch «gute Gründe» überzeugt statt durch den Überschwang der Gefühle mitgerissen werden.

Die politische Kultur der Deutschen hat ein besonders unfrohes Verhältnis zur Demokratie. Nicht nur die ausgelassene, sondern auch die pathetische Feierlichkeit ist ihnen suspekt, wenn sie auf politische Rituale in Frankreich oder in den USA blicken: auf die Inszenierung der republikanischen Nationalfeiertage, auf das inbrünstige Singen der Nationalhymne. Die Freiheit tritt, auch in ihren Symbolen, im Sturm der Gefühle auf, nicht nur auf den Barrikaden, sondern auch mit Fackel im New Yorker Hafen, oder – das gab es auch in Deutschland, im frühen 19. Jahrhundert – als Freiheitsbaum, um den herum man Feste der Demokratie feierte. Der Maler Norman Rockwell verlieh den vom amerikanischen Präsidenten Franklin D. Roosevelt verkündeten «vier Freiheiten» während des Zweiten Weltkriegs visuellen Ausdruck. Der knusprige Truthahn an der Familientafel signalisierte: Bei so viel Freiheit läuft mir das Wasser im Mund zusammen! Oder die Leidenschaft wird so stark, dass sie das eigene Leben zu opfern bereit ist: «live free or die», wie es im Staatsmotto von New Hampshire seit 1945 heißt.

In Deutschland dagegen hieß der Übergang zur Demokratie, endlich zur Vernunft zu kommen. In der Herrschaft des Nationalsozialismus schien sich der Sieg des Irrationalen auszudrücken und die politische Gefahr unkontrollierter Leidenschaften, von denen sich allzu viele Menschen hatten mitreißen lassen – Bilder des Nürnberger Reichsparteitages oder der Berliner Sportpalastrede von Joseph Goebbels am 18. Februar 1943 kommen unwillkürlich in den Sinn. Schon am Anfang des 20. Jahrhunderts hatte Max Weber (1864–1920) zwischen «charismatischer» und «rationaler» Herrschaft unterschieden. Zwar gehörte seine eigene Sympathie durchaus solchen demokratischen Politikern, die über Charisma verfügten und Emotionen wecken konnten. Aber nach dem Charismatiker Hitler waren in der frühen Bundesrepublik politische Leidenschaften verpönt. Das demokratische Grundgefühl des westdeutschen Staates war eher die Erleichterung des Überstandenen, und bis heute verknüpft sich die Feier von Demokratie in Deutschland unweigerlich mit der sehr ernsten Erinnerung an die Schrecken der Diktaturen. Demokratische Rituale wie das Wählen vollziehen sich nicht in bunter Volksfeststimmung, sondern in ernster Feierlichkeit, auch wenn sich das frühere Wahlsonntagsritual: nach dem Gottesdienst an die Urne weithin aufgelöst hat.

Dass es auch anders geht, zeigte schon 1965 der Schriftsteller Günter Grass bei seinem Wahlkampfeinsatz für Willy Brandt (1913–1992) und die «Es-Pe-De». Seinen Zuhörern präsentierte er ein «Loblied auf Willy» unter dem Titel «Dich singe ich, Demokratie». Damit knüpfte er an den amerikanischen Dichter Walt Whitman (1819–1892) an, den Grass einen «Lincoln der Sprache» nannte, indem er die Demokratie mit Leidenschaft und ebenso mutig wie humorvoll besungen habe. Etwas Ähnliches wollte Joseph Beuys zur selben Zeit mit seiner politischen Aktionskunst ausdrücken. Wie schon in den 1960er Jahren, erinnern auch am Anfang des 21. Jahrhunderts Künstler wieder häufiger an die expressive und emotionale Qualität von Demokratie. Der kanadische Aktivist und Aktionskünstler Dave Meslin fragt «How does democracy make you feel?» und fordert zum «Flirt mit der Demokratie» über Twitter auf. Man muss ihr gegenüber jedenfalls nicht nur das «Pflichtgefühl» an den Tag legen, das auch Politiker so gern beschwören. Und demokratische Leidenschaften können ein weites Spektrum abdecken, das Freiheitsliebe einschließt, aber auch Empörung, Wut und den gerechten Zorn auf ungerechte Verhältnisse.

2. Oder Demokratiefrust? Demokratieverdruss ist weit verbreitet – als Enttäuschung über mangelnde Leistungen des politischen Systems, als Ärger über korrupte Politiker, als Frustration über die engen Grenzen der eigenen Wirksamkeit: «die da oben machen ja doch, was sie wollen». Zur Verdrossenheit im eigentlichen Sinne werden solche Gefühle erst dann, wenn es keine Abhilfe mehr zu geben scheint, man sein eigenes Engagement einstellt und sich abwendet: keine Beteiligung an der Wahl mehr und Wegzappen bei der Tageschau. Von solcher Verdrossenheit ist in den letzten Jahren viel die Rede, aber es ist durchaus umstritten, ob sie ein größeres Ausmaß angenommen hat als früher. Die Zustimmung zur Demokratie im Allgemeinen und zum politischen System der Bundesrepublik im Besonderen ist zuletzt sogar wieder gewachsen.

Eine goldene Zeit der uneingeschränkten Begeisterung hat es ohnehin nie gegeben. Die Begriffe «Politikverdrossenheit» und «Parteienverdrossenheit» reichen weit in die Geschichte der Bundesrepublik zurück. Mindestens bis in die 1960er Jahre war solcher Frust von traditionellen, vor allem bildungsbürgerlichen Vorbehalten geprägt, die schon der Weimarer Republik das Leben schwer gemacht hatten. Noch lange nach der Verabschiedung des Grundgesetzes mussten die Westdeutschen lernen, dass ihre neue politische Ordnung derjenigen des Nationalsozialismus und auch dem Kaiserreich, das die ältere Generation gerne nostalgisch beschwor, überlegen war. Heute spielt die Last der Geschichte nur noch eine geringe Rolle; viele Jüngere wissen nicht einmal davon. Trotzdem – die Unzufriedenheit mit der Demokratie wendet sich in Deutschland schneller als anderswo ins Grundsätzliche, anstatt auf pragmatische Verbesserungen zu pochen. Demokratieverdrossenheit lässt sich nur schwer in andere Sprachen übersetzen.

Oft wird der Demokratiefrust zum Auslöser des Engagements in der Demokratie, nämlich sobald Bürgerinnen und Bürger ihren Ärger artikulieren, statt zu resignieren. Am Anfang des 21. Jahrhunderts hat sich ein scheinbar paradoxer Zusammenhang etabliert, nicht nur in Deutschland, nicht nur in den westlichen Ländern, sondern überall auf der Welt und in globalen Protestbewegungen: Enttäuschung und Ärger über die klassischen Mechanismen der Politik, über die traditionellen Chancen der Partizipation (in Parteien, in Wahlen) nehmen zu, aber ebenso die Beschwörung der Demokratie, einer «eigentlichen» und besseren Demokratie, als positives Gegen-

bild zu der enttäuschenden Realität. Demokratie ist in aller Munde, auf allen Plakaten und Transparenten. Sie ist, mehr als jemals zuvor in der Geschichte, zu einem globalen Sehnsuchtsraum und Erwartungshorizont geworden.

Im Herbst 2011 fuhren Busse durch Florenz, auf denen in großen Buchstaben der englische Schriftzug «Declining Democracy» zu lesen war. Er wies auf eine Ausstellung hin, die sich mit dem Zustand der Demokratie beschäftigte. Das provokative Wortspiel illustriert den Zusammenhang von Frust und Verlustangst einerseits, Hoffnung und Neuerfindung andererseits: Demokratie im Abstieg? Demokratie neu «durchdeklinieren», neu denken!



I Demokratie macht Staat

3. Was heißt überhaupt Demokratie? Viele Begriffe in der politischen Sprache sind griechischer oder lateinischer Herkunft. Das Wort Demokratie be-

deutet Herrschaft des Volkes und setzt sich aus den beiden altgriechischen Wörtern *demos* und *kratein* zusammen. Aber das «Volk» ist ein schillernder, mehrdeutiger Begriff: Er kann positiv, ja emphatisch das politische Volk bezeichnen, aber auch abwertend für das «gemeine Volk», die einfachen Leute, den Pöbel stehen. Ähnliches galt schon in der Antike für den *demos*. Aristoteles, der wichtigste Verfassungstheoretiker des alten Griechenland, sprach in diesem Sinne geringschätzig von der Demokratie als einer Herrschaftsform, in der es turbulent und chaotisch statt klug und besonnen zugeht. Sein Leitbild einer guten, vernünftigen Mehrheitsherrschaft nannte er «Politie». Dazu passt: Das Verb *kratein* bedeutet herrschen, Macht ausüben. Vornehmer und zurückhaltender war *archein*: führen oder leiten, das in anderen Staatsformbegriffen wie Monarchie bis heute begegnet. Insofern könnte das, was wir Demokratie nennen, auch «Demarchie» heißen; oder, weil die Bindung an Gesetze (*nomoi*) besonders wichtig ist, «Nomarchie». So hat das Wort Demokratie etwas Sperriges, Unbequemes an sich.

Seine unzweifelhaft positive Bedeutung nahm es erst spät, im Verlaufe des 20. Jahrhunderts an. Bis dahin war Demokratie immer wieder umstritten und kaum der Ausdruck für die ideale Herrschaftsform, weder in der politischen Theorie und Philosophie noch bei den Politikern selber. Oft erschien die Demokratie, in der Antike ebenso wie im 18. und 19. Jahrhundert, als schiere Unmöglichkeit: Wie sollte das Volk mit seiner Dummheit, mit all seinen Launen und Leidenschaften tatsächlich herrschen, ein Staatswesen leiten können? Bestenfalls verwies man, wie der aufgeklärte preußische Staatskanzler Karl August von Hardenberg (1750–1822) unter dem Eindruck der Französischen Revolution, die Möglichkeit der Demokratie in eine utopische Zukunft. Insofern hat nicht nur die Praxis, sondern auch der Begriff der Demokratie eine erstaunliche Karriere gemacht, und eine zunehmend globale Karriere dazu. Dabei erweist sich ein Vorzug des griechischen Begriffes: Er klingt und schreibt sich in den wichtigsten europäischen Sprachen und darüber hinaus fast gleich.

4. Was ist der Unterschied zwischen Demokratie und Republik? Offiziell ist der Unterschied klar. Republik ist (wie Monarchie) die Bezeichnung für eine *Staatsform*. Deshalb ist «Republik» Bestandteil vieler amtlicher Namen von Staaten: *République Française*, also «Französische Republik» (nicht Republik Frankreich); ähnlich *Repubblica Italiana*. Da wird die Länderbezeichnung sogar zum ergänzenden Adjektiv, die Hauptansage ist: Wir sind Republik! Oder: Republik Südafrika, Republik Polen (mit dem polnischen Wort *Rzeczpospolita*, das auf die Adelsrepublik des 18. Jahrhunderts verweist). Diese Feststellung ist grundlegender als die *Regierungsform*, die Demokratie heißen kann, oder Militärherrschaft, oder Autokratie, d. h. die Alleinherrschaft eines Diktators oder autoritären Führers.

Die Republik lässt sich vereinfacht als das Gegenteil der (Erb-) Monarchie bezeichnen. Wo der König (oder Kaiser, Fürst) gestürzt ist, beginnt die Republik. So war es schon im antiken Rom, und als dort die Republik am Ende war, trat die Monarchie wieder an ihre Stelle, ein neues Kaisertum, von Augustus zunächst als «Prinzipat» verbrämt. Oder man kann Republik mit Selbstregierung übersetzen, wobei das «wir selbst» (statt: der König über uns) bis in das 20. Jahrhundert meist eine privilegierte Minderheit der Bürgerschaft bezeichnete. Insofern ist die Republik oft eine Vorstufe der Demokratie, eine Art exklusive Proto-Demokratie. So wurden dreizehn britische Kolonien in Nordamerika 1776 zu Republiken, aber damit noch nicht zu Demokratien, nicht einmal im eingeschränkten Sinne einer Demokratie der weißen Männer – dieses Ziel war erst um 1830 erreicht. Südafrika in der Zeit der Apartheid war eine Republik, aber erst nach Aufhebung der Apartheid, mit den ersten allgemeinen Wahlen 1994, wurde es zur Demokratie.

Obwohl ausgerechnet einer Monarchie, nämlich England, der inoffizielle Ehrentitel eines «Mutterlandes der Demokratie» zuteilwird, ist die Entstehung der modernen Demokratien ohne Republiken und republikanische Bewegungen schwer vorstellbar. Der republikanische Anspruch auf Freiheit und Selbstregierung ließ sich irgendwann nicht mehr auf eine Minderheit beschränken. Republiken entstanden häufig, bis in die Dekolonisation der 1960er Jahre, aus Unabhängigkeitsbestrebungen gegenüber einem Imperium, einer kolonialen Vormacht. Die Freiheit nach außen führte nicht automatisch zu innerer Freiheit und Demokratie, warf aber fast immer die Frage danach auf. Ganz eng war die Verbindung beider Ziele auch in

der deutschen Arbeiterbewegung, vom «Freien Volksstaat» der 1870er Jahre bis in die Revolution von 1918/19. Wo jedoch die Demokratie auf langsamem, reformerischem Wege gewachsen war, konnten auch die Monarchien im 20. Jahrhundert weiter bestehen wie in Großbritannien und Skandinavien, ja in Krisensituationen zum Identitätsstifter und Garanten demokratischer Freiheit werden. Die Europäische Union hat sich darauf eingestellt: Sie ist kein Bündnis von Republiken, sondern von Demokratien.

5. Sind Nationen eine Gefahr für die Demokratie? Diese Frage brennt den Deutschen mehr auf den Nägeln als anderen Nationen, weil sie im 19. und 20. Jahrhundert besonders schlechte Erfahrungen mit dem Nationalismus gemacht haben. Im Vormärz und in der Revolution von 1848/49 überlappten sich Nationalismus und demokratisches Freiheitsstreben. Mit der Nationalhymne, dem «Deutschlandlied» von August Heinrich Hoffmann von Fallersleben (1798–1874), begleitet uns diese Ambivalenz bis heute. Im wilhelminischen Kaiserreich reüssierten radikal-nationalistische Organisationen wie der «Alldeutsche Verband», die nicht nur autoritären Politikkonzepten huldigten, sondern auch einer aggressiven Vorstellung von der Überlegenheit der Deutschen über andere Völker. Dazu kam eine rassistisch aufgeladene Idee von der deutschen Nation, die Minderheiten im eigenen Land aus der nationalen Gemeinschaft ausschließen wollte und damit dem Nationalsozialismus vorarbeitete. Bei allem Leiden an der Teilung Deutschlands seit 1945 waren deshalb viele nicht unglücklich darüber, dass der Nationalstaat zerbrochen war. Demokratie musste, das war eine wichtige Erfahrung der Bundesrepublik (und auch Teil des Selbstverständnisses der DDR), gegen den Nationalismus erstritten und außerhalb des Nationalstaates verwirklicht werden.

Aber es gibt auch einen engen Zusammenhang zwischen Nationalismus und Demokratie. Der Nationalismus entstand im späten 18. Jahrhundert als eine Befreiungs-, als eine Emanzipationsbewegung gegen Monarchien und Imperien, gegen autoritäre Herrschaft und Bevormundung. Die Begriffe «Nation» und «Volk» sind in der politischen Sprache eng verbunden, und zwar nicht nur im «völkischen» Sinne, sondern auch im emphatischen und egalitären. Wenn das «Volk» sich erhebt, denkt man seit der Französischen Revolution an unterdrückte Unterschichten, aber auch an den Anspruch auf

staatsbürgerliche Gleichheit. Gegenüber der Ständegesellschaft war die Nation ein universelles Prinzip: keine Privilegien, gleiche Rechte für alle Angehörigen der Nation. In der Dekolonisation, im Abstreifen der kolonialen Vorherrschaft des Westens, mobilisierten Befreiungsbewegungen einen neuen Typ des emanzipatorischen Nationalismus. Auch 1989/90 in Ostmitteleuropa und im Baltikum stand die Erlangung nationaler Unabhängigkeit in engstem Zusammenhang mit dem Übergang von der Parteidiktatur in die liberale Demokratie. Sogar Tschechen und Slowaken gingen eigene Wege. Die hässliche Seite des Nationalismus blieb dabei nicht verborgen; sie zeigte ihr Gesicht immer wieder in arroganter oder repressiver Politik gegen nationale Minderheiten im eigenen Land.

Nation und Demokratie – das wird also ein zwiespältiges Verhältnis bleiben. Einerseits nimmt das Gewicht transnationaler Formen von Demokratie zu (siehe 82, 96). Andererseits bleibt der Nationalstaat das wichtigste Gehäuse demokratischer Verfasstheit, zu dem Alternativen nicht leicht erkennbar (oder durchsetzbar) sind. Der Nationalstaat ist der primäre Raum der Verbürgung von Freiheitsrechten, von Zugehörigkeit und politischer Partizipation – und der sozialen Solidarität in dem Maße, wie der Sozialstaat im nationalstaatlichen Rahmen gewachsen ist.

[...]

Mehr Informationen zu diesem und vielen weiteren Büchern aus dem Verlag C.H.Beck finden Sie unter: www.chbeck.de